

Solidarität und Skepsis

Flucht, Migration und soziale Frage aus der Sicht gewerkschaftlich Engagierter

Rechtspopulistische Bewegungen und Parteien haben derzeit europaweit und darüber hinaus Konjunktur. Wahlanalysen weisen dabei auf einen überproportionalen Anteil an Gewerkschaftsmitgliedern unter deren Wählerinnen und Wählern hin. Es ist zu vermuten, dass dabei insbesondere auch ungelöste arbeitsweltliche Problemlagen eine Rolle spielen. Dieser Beitrag versucht zum einen, Deutungen von Konflikten und Problemlagen sowie Ursachen ethnisierender Umdeutungen aufzuspüren, und zum anderen Gewerkschaften und ihre Rolle als solidarische Akteure in dieser Konstellation zu verorten. Grundlage bildet eine triangulativ ausgerichtete Studie unter einer Gruppe engagierter Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.

ULRICH BRINKMANN, MAREN HASSAN-BEIK, LUKAS ZAPPINO

1 Einleitung

Das „Epochenthema Migration“ (Urban 2018) formt nicht nur große Teile des politischen und medialen Diskurses – es hält auch (erneut) Einzug in die sozialwissenschaftliche Forschungslandschaft. Schon zu Beginn des Jahrtausends hatten empirische Studien den Themenkomplex „Arbeitswelt, Gewerkschaften, Rechtsextremismus, (neuer) Nationalismus, Menschenfeindlichkeit“ beleuchtet und mit unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunktsetzungen und methodischen Annäherungen untersucht – von quantitativ-repräsentativen Ansätzen (etwa in der Berliner Studie von Stöss et al. 2007) bis hin zu qualitativen Tiefenbohrungen der Jenaer Studie (Brinkmann et al. 2006) im Kontext des BMBF-Forschungsverbunds von Heitmeyer, um nur zwei Beispiele zu nennen (für einen Überblick vgl. Bibouche et al. 2009).

Die Debatte um eine gesellschaftliche Rechtsentwicklung rückt auch das Verhältnis von Gewerkschaften und Rechtspopulismus wieder in den Fokus der Forschung. So führten Dörre et al. (2018) qualitative Interviews mit Lohnabhängigen und Betriebsräten und gelangten unter anderem zu der Feststellung, dass gewerkschaftliches Engagement und rechter Aktivismus sich keineswegs ausschlossen, sondern durchaus als Momente des Widerstands auf unterschiedlichen Ebenen erfahren würden.

In einer weiteren Studie fragten Sauer et al. (2018) unter Rückgriff auf qualitative Einzelinterviews mit hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionär*innen und Gruppeninterviews mit Vertrauensleuten sowie Betriebsräten nach dem Zusammenhang zwischen Arbeitswelt und Rechtspopulismus und vermuteten in der Arbeitswelt einen Nährboden für die soziale Verankerung rechter Deutungsmuster. Der enorme Vertrauenskredit, der Gewerkschaften im Gegensatz zu anderen Institutionen der Zivilgesellschaft zuteilwird – so einer der zentralen Befunde der Studie –, verstärkt diese Diagnose. Die Primärstudie von Dörre et al. fokussiert vor allem die Gruppe explizit bekennender Sympathisanten rechter Parteien oder Gruppierungen, während Sauer et al. sich der Fragestellung über die Sekundär-Einschätzungen der Funktionäre und Funktionärinnen nähern.

Wir haben in unserer Erhebung zum Thema „Flucht und Migration im Kontext arbeitsweltlicher Herausforderungen“ einen triangulativen Ansatz gewählt, der quantitative und qualitative Erhebung zu integrieren versucht und sich auf eine besondere Gruppe von Gewerkschaftsmitgliedern konzentriert – eine bisher wenig untersuchte Gruppe, die wir als „gewerkschaftlich Engagierte“ bezeichnen und auf gewerkschaftlichen Bildungsseminaren vermuten. Als Referenzpunkt fungiert somit bei der Auswahl die Rolle der Befragten im gewerkschaftlichen Kontext.

Im Unterschied zu den hauptamtlich gewerkschaftlich Engagierten kommt dieser Gruppe eine *informelle* Schar-

nierfunktion zu, da sie zwischen Struktur und Belegschaft agiert. In diesem Sinne vermuten wir bei ihr konkret eine aktive Sprachrohrfunktion in beide Richtungen, kommunikative Multiplikatoren und Divisoren (im Sinne einer Diskursverdichtung) gleichermaßen. Gleichzeitig haben Ehrenamtliche, anders als Hauptamtliche, in der Regel eine geringere Distanz zu den Gewerkschaftsmitgliedern und Belegschaften im Betrieb, da sie ihre direkten Arbeitskolleg*innen sind.

2 Erhebung und Methoden

Unsere Studie basiert auf einer quantitativen Online-Befragung, die sich 2017 über zehn Monate erstreckte und die in Kooperation mit dem IG-Metall-Bezirk Mitte auf gewerkschaftlichen Bildungsseminaren durchgeführt wurde.¹ Über diesen primär erschlossenen Feldzugang führten wir die Befragung mit 255 Personen und parallel 20 qualitative Einzelinterviews durch. Da es keine Daten über die Grundgesamtheit des Samples gibt, können wir zwar aufgrund der hohen Fallzahl generalisierbare, aber keine repräsentativen Aussagen treffen.

Weil sich der von uns untersuchte Zusammenhang aufgrund seiner Multidimensionalität (sowohl sozio- und gesellschaftspolitische Entwicklungen als auch deren Auswirkungen auf der subjektiven Ebene) mit einem monomethodischen Zugang nur unzureichend erfassen ließe, erfolgten die Erhebung sowie die Analyse auf der Grundlage eines triangulativen Forschungsdesigns, welches sich durch die Verknüpfung qualitativer und quantitativer Methoden auszeichnet. Die Triangulation ermöglicht so, den Gegenstand von zwei unterschiedlichen Blickwinkeln aus zu analysieren, um den Erkenntnisgewinn qualitativ zu erhöhen (vgl. Flick 2011, S. 11). So ließen sich durch die Interviews auf der einen Seite subjektive Sinnzusammenhänge näher beleuchten, die bei einer rein quantitativen Erhebung hätten verdeckt bleiben können. Auf der anderen Seite wurden durch die quantitative Erhebung generalisierbare und quantifizierbare Zusammenhänge im Untersuchungssample sichtbar. Die Triangulation wurde daher auf Ebene der Erhebungsmethoden angelegt. Wir betrachten beide Erhebungsmethoden als unterschiedliche, aber gleichwertige Blickwinkel auf die interessierenden Phänomene. Die Auswertung erfolgte daher unabhängig voneinander für jede Erhebung einzeln. Erst die Ergebnisse wurden aufeinander bezogen. Während die quantitative Erhebung primär subsumtionslogisch inspiriert war, erfolgte die Auswertung der Interviews mit der inhaltlich-strukturierenden Methode nach Kuckartz (2014), die zum Spektrum der qualitativen Inhaltsanalyse gehört und explizit auch die Möglichkeit der induktiven Kategorienbildung bietet.

Insbesondere für die Erforschung fremdenfeindlicher Einstellungen muss angenommen werden, dass sich sozial erwünschtes Antwortverhalten auf die Erhebung auswirkt. Auf methodologischer Ebene zeigt sich an dieser Stelle der Vorteil eines triangulativen Ansatzes und insbesondere der Online-Erhebung, die als selbstadministrierte Befragung den Vorteil bietet, mögliche Einflüsse auf das Antwortverhalten durch die Präsenz der Interviewer*innen zu verhindern (vgl. Mayer 2013, S. 104f.).

Bei den qualitativen Interviews lässt sich die methodische Anfälligkeit für soziale Erwünschtheit nicht ohne Weiteres eliminieren. Daher wurden die qualitativen Interviews offen gestaltet und nahmen die Form von Gesprächen an. Diese Art der Interviewführung hat sich auch in anderen Studien in sensiblen und politisch aufgeladenen Kontexten bewährt (vgl. dazu Brinkmann et al. 2006, S. 67).

3 Soziodemografie

Beim Blick auf die Altersstruktur des Sample zeigt sich eine relative Normalverteilung (Durchschnittsalter: 36,7 Jahre), der Anteil der Männer liegt bei 79 %. Die überwiegende Mehrheit der Befragten gehört zur unbefristet beschäftigten Stammbeslegschaft, ein knappes Drittel ist in der Ausbildung. Der Anteil der tendenziell prekären Beschäftigungsverhältnisse liegt bei unter 6 %; den Auszubildenden ist mehrheitlich eine unbefristete Übernahme in den Ausbildungsbetrieb vertraglich garantiert. Die Einkommen sind relativ normalverteilt (die Auszubildenden bleiben an dieser Stelle unberücksichtigt); über 80 % der Befragten aus den Erwachsenenseminaren geben an, monatlich mehr als 2000 € netto zu erhalten, über 40 % erhalten einen Lohn von mehr als 2600 € netto monatlich (unberücksichtigt ist hierbei das gesamte Haushalteinkommen).

Die Erhebung beinhaltetete auch eine „Sonntagsfrage“, um Parteipräferenzen einschätzen zu können (*Abbildung 1*). Die SPD wird von den gewerkschaftlich Engagierten am stärksten favorisiert, gefolgt von der Linken; CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen spielen bei den Befragten eine deutlich nachgeordnete Rolle.

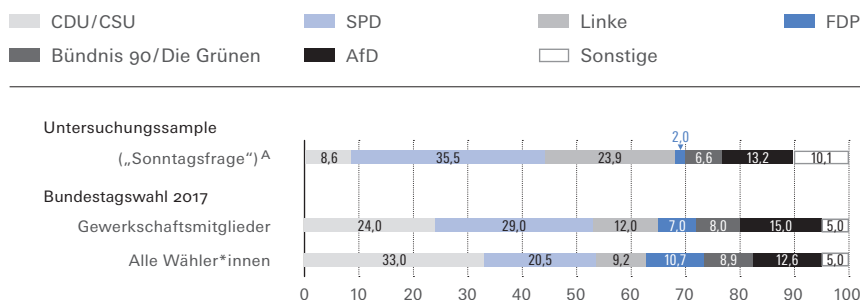
Auf die AfD entfällt ein Anteil von 13,2 % der Stimmen. Damit liegt sie etwas unterhalb des Levels, das sie unter Gewerkschaftsmitgliedern bei der Bundestagswahl erreicht hat. Auch für unsere Untersuchungsgruppe gilt:

¹ Die quantitativen Daten wurden mit der Plattform Unipark erhoben, die Auswertung wurde quantitativ mit SPSS, qualitativ mit MaxQDA vorgenommen. Ergänzend wurde im Juni 2018 eine Nacherhebung unter neu gewählten Betriebsräten durchgeführt.

ABBILDUNG 1

Wahlpräferenzen des Samples und Ergebnisse der Bundestagswahl 2017

Angaben in Prozent



A Nur gültige Werte (N = 197); Nichtwähler*innen = 35; fehlend = 23

WSI Mitteilungen

Quelle: DGB (2017); Eigene Darstellung

Weder ist Gewerkschaftsmitgliedschaft unvereinbar mit einer Hinwendung zur AfD, noch neigen die gewerkschaftlich Engagierten in außergewöhnlichem Maße zur Wahl der AfD.

Festzuhalten ist, dass das Untersuchungssample im Parteisppektrum deutlich stärker nach links tendiert – sowohl im Vergleich zu allen Gewerkschaftsmitgliedern als auch zu allen Wähler*innen.

4 Die Soziale Frage und Deklassierungsängste

Sowohl die standardisierte Befragung als auch die Interviews machen deutlich, dass die neoliberale Austeritätspolitik und die damit verbundene „soziale Frage“ von der Mehrheit der Befragten als Verschlechterung der sozialen Verhältnisse wahrgenommen werden:

„Die Renten schrumpfen, Arbeitslose, Mindestlöhne. Das sind ja alles so Themen, die da beschäftigen – schwierig, ne. [...] Das ist ja heute auch keine Seltenheit mehr, dass man heute Leute sieht, die nach ihrem Arbeitsleben noch Minijobs oder 450-€-Jobs machen – das ist wichtig, das müssen wir auffangen.“ (I12, Z. 45off.)

Zwei Drittel der Teilnehmer*innen an der standardisierten Befragung beobachten den Abbau von Sozialleistungen in den letzten Jahren mit Sorge, und die Mehrheit sieht sich mit einer wachsenden sozialen Ungleichheit konfrontiert (Abbildung 2). Unverkennbar wird das Auseinandergehen der sozialen Schere sowohl mit arbeitsweltlichen als auch mit soziopolitischen Erosionsprozessen verbunden: Prekarität, Arbeitslosigkeit, geringe Mindestlöhne werden

von den Interviewten als gesellschaftliche, betriebliche und als individuelle Bedrohungsszenarien angesprochen. Dies gilt in besonderem Maße auch für soziale Umverteilung und Ungleichheit.

Die Aussage „Die Reichen profitieren davon, dass die Armen ärmer werden“ erhält mit einer Rate von 90 % die höchste Zustimmung.² Diese Einschätzung der zunehmenden Ungleichheit wird dabei deutlich in ihrer politischen Urheberschaft gedeutet – sowohl gesellschaftlich als auch betrieblich:

„Leiharbeit, wenn ich nichts falsche sage, wurde, glaube ich, von der SPD sogar eingeführt. Ich glaube sogar Schröder war das, wenn ich mich nicht irre. [...] Mhmh, und wenn 'ne Arbeiterpartei Leiharbeit befürwortet, brauche ich nicht mehr wählen gehen“ (I15, Z. 305ff.).

Trotz vergleichsweise sicherer Arbeitsplätze lässt sich eine veritable Verunsicherung im Sample ausmachen. Bei allen präformulierten Aussagen findet sich ein hohes Maß an Ängsten und Sorgen.³ So teilen fast die Hälfte (46 %) die Furcht davor, dass es ihnen zukünftig insgesamt eher schlecht gehen wird, während nur ein knappes Drittel (30 %) angibt, diesbezüglich sorglos zu sein. Die Angst vor einem gesellschaftlichen Abstieg und vor sozialer Deklassierung ist ablesbar präsent und wird auch in die Zukunft extrapoliert: Über 50 % der Befragten gehen davon aus, dass es zukünftigen Generationen schlechter gehen wird, fast ebenso viele fürchten sich ganz konkret vor dem Verlust von Leistungen aus dem sozialen Sicherungssystem.

„Die Agenda 2010 alleine, Niedriglohnsektor [...]. Das ist schon krank, was hier passiert. Und wir sind ja so ein reiches Land und wie lange man streiten muss, um 8,50 € als Mindestlohn festzulegen, ist ja auch ein Witz – brutto. Schon krank ein bisschen. Und die Schere in Deutschland geht weit auseinander, das merkst du überall, bei der Medizin, bei der Rente, wir verlassen die Parität, unter einer rot-grünen Regierung, und wir nehmen das als Deutschland einfach alles so hin. Wir wehren uns ja gar nicht, also als Bevölkerung.“ (I7, Z. 216ff.)

Die angeführten Zumutungen und Ängste vor dem Verlust arbeits- und sozialrechtlicher Garantien durchziehen das gesamte Datenmaterial, mit Castel (2011) kann man diesen Prozess als „Enteignung von Sozialeigentum“ klassifizieren. Die Verunsicherung kann auch anhand subjektiver Einschätzungen der eigenen Lage nachgezeichnet werden. So geben 40 % der befragten Erwachsenen (ohne Azubis) an, dass ihnen ihr Einkommen „kein sorgenfreies Leben“ ermögliche. Neben der materiell-reproduktiven

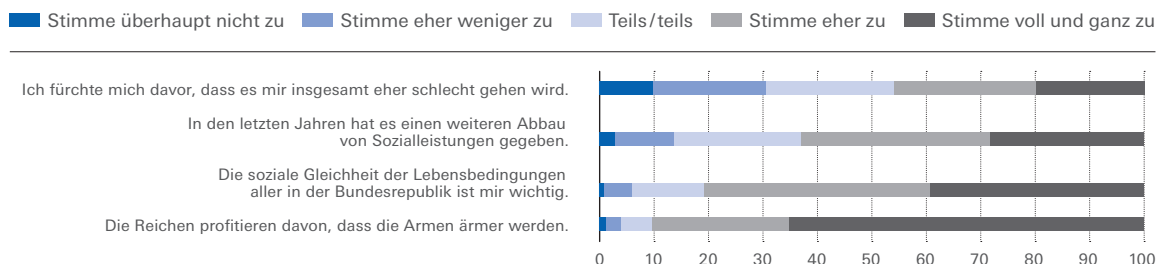
2 Diese Aussage wurde übernommen von Brinkmann et al. (2013, S. 23).

3 Dieses Konstrukt wurde zum Teil aus Daphi et al. (2015, S. 24) übernommen und mit zwei Aussagen zum interessierenden Zusammenhang ergänzt.

ABBILDUNG 2

Items zu sozialer Ungleichheit und Abstiegsängsten

Angaben in Prozent



Quelle: Eigene Darstellung; N = 247–250

WSI Mitteilungen

Dimension sind auch die Defizite in der über Erwerbsarbeit angestrebten Anerkennung geradezu greifbar: 40 % der Erwachsenen sehen sich überqualifiziert für die aktuelle Erwerbstätigkeit, und 50 % geben an, dass ihr Lohn nicht ihrer Qualifikation entspreche.⁴

Dazu gesellen sich Erfahrungen marktzentrierter Arbeitsverdichtung, die permanente Konfrontation mit Kolleg*innen unter dem Prekaritätsregime:

„Was man ein Stück schon merkt, und das habe ich ja vorhin schon angedeutet, wenn man mal auf die Politik guckt, auch die SPD usw., da hat sich ja schon was über Hartz 4 verändert. Das wird dich ja nicht verwundern, wenn ich dir sage, dass das natürlich dann auch Druck auf die Beschäftigung gemacht hat, auf die Leiharbeit gemacht hat, auf prekäre Beschäftigung, ist doch klar. Und da kommt das natürlich da unten an.“ (I4, Z. 432ff.)

„Manchmal graut es einem, was da betrieblich auf dem Hallenboden stattfindet [...] Die müssen schon alle richtig arbeiten, und der Druck wird größer. Das wären für mich so zwei Schwerpunkte, eben der Leistungsdruck und das Thema Leiharbeit.“ (I7, Z. 72ff.)

Enteignungen von Sozialeigentum, blockierte Anerkennung und neue Zumutungen durch Erwerbsarbeit sind damit genuiner Bestandteil von Deklassierungserfahrungen. Die subjektiven Einschätzungen verweisen auf weit verbreitete Prekarisierungstendenzen jenseits formaler Sicherheit auch in diesem Sample.

diktoren auf teils latente, teils offene rechte Einstellungen verweisen.⁵

Abbildung 3 verdeutlicht zunächst, dass die überwiegende Mehrheit der Befragten sich subjektiv kaum von Geflüchteten und Zuwanderung bedroht fühlt. Geflüchtete werden in der eigenen Lebens- und Arbeitswelt mehrheitlich nicht als Konkurrenz in Verteilungskämpfen wahrgenommen. Auch weiß nur ein geringer Teil der Befragten aus eigener Erfahrung von „Problemen“ mit Geflüchteten zu berichten. Zudem überwiegt der Anteil derjenigen Befragten, welche die Aufnahme einer großen Zahl von Geflüchteten in den letzten Jahren in Deutschland begrüßen, den Anteil derjenigen, die sie kritisch beurteilen.

Im Kontrast zu den eigenen Primärerfahrungen mit Geflüchteten stehen die Ergebnisse, die Abbildung 4 illustriert. Hier tut sich etwa bei der mehrheitlichen Forderung nach Begrenzung des Zuzugs von Geflüchteten ein markanter Unterschied zur oben angesprochenen Sicht auf. Denn trotz jener Befunde plädiert die Mehrheit der Befragten hier für eine Obergrenze sowie eine insgesamt rigidere Asylpolitik und die umgehende Rückführung von Wirtschaftsflüchtlings. Verteilungsargumente erfahren in Bezug auf Flucht und Zuwanderung im Allgemeinen teilweise recht hohe Zustimmungsraten, wie auch Abbildung 5 verdeutlicht.

Mit Blick auf den Zusammenhang von sozialer (Un-)Sicherheit und Zuwanderung ist auffällig, dass nicht selten der Eindruck geteilt wird, von der Politik übergangen worden zu sein. Hier schiebt sich die Kritik am dominanten Politikmodell als vermittelnde Ebene zwischen Ver-

5 Einstellungen zu Migration und Flucht

Um die politischen Einstellungen der Befragten sichtbar zu machen, wurden ihnen Aussagen vorgelegt, die als In-

4 Diese Fragen wurden aus der Studie von Brinkmann et al. (2013, S. 10) übernommen.

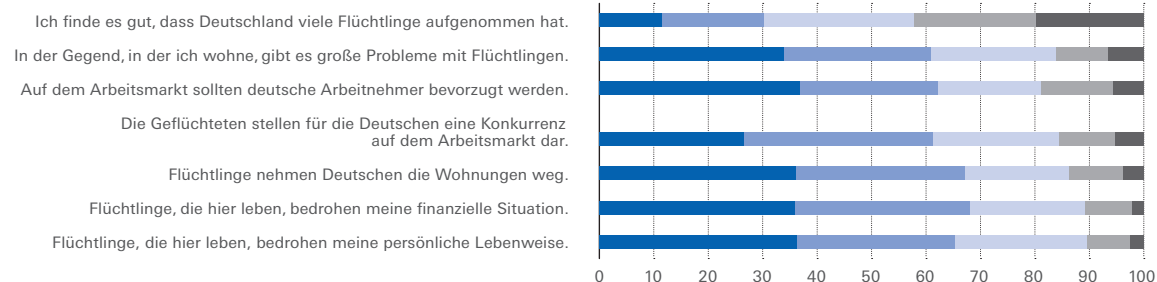
5 Diese Aussagebatterien wurden bereits in anderen Studien eingesetzt und mit eigenen Aussagen ergänzt (vgl. Krause et al. 2016a, S. 88)

ABBILDUNG 3

Einstellungen zu Geflüchteten

Angaben in Prozent

■ Stimme überhaupt nicht zu ■ Stimme eher weniger zu ■ Teils/teils ■ Stimme eher zu ■ Stimme voll und ganz zu



Quelle: Eigene Darstellung; N = 241–243

WSI Mitteilungen

teilungskonflikte und Fremdenfeindlichkeit. So stimmen über 45 % der Befragten etwa der Aussage zu, dass der deutsche Staat sich mehr um Flüchtlinge kümmere als um hilfsbedürftige Deutsche.

„Als die ersten Flüchtlinge gekommen sind, da hat unsere Regierung und diese Presse gezeigt: eine schöne heile Familie, kleine, große Kinderaugen, und das ist eine Fachkraft, und wir können nur reicher werden – und was haben wir jetzt? 22 Milliarden hat uns das Ding bis jetzt gekostet, offiziell, das, was sie jedenfalls bekannt gegeben haben. Aber was uns das noch kosten wird? Und woraus wird das genommen? Auch wieder aus unserer Rentenkasse. Für die Rente haben sie nix übrig, für die Rente ist kein Geld da, für Bildung ist kein Geld da, und Bildung ist das Wichtigste.“ (I2, Z. 225ff.)

Die Passage verdeutlicht die Ansicht, dass sich die Politik gegenüber Geflüchteten als handlungsfähig erweise und in Soziales investiere, während die Politik zuvor in Gestalt des neoliberalen Spardiktats unter Berufung auf

geltende Sachzwänge (Globalisierung, Marktzwänge) eine soziale Enteignung exekutiert habe. Dies wird als Verteilungskampf um sozialstaatliche Ressourcen gedeutet. Die Verschiebung der Konfliktachse weg von einer Kritik an Sozialenteignung hin zu ethnischen Verteilungskonflikten scheint hier sichtbar auf.

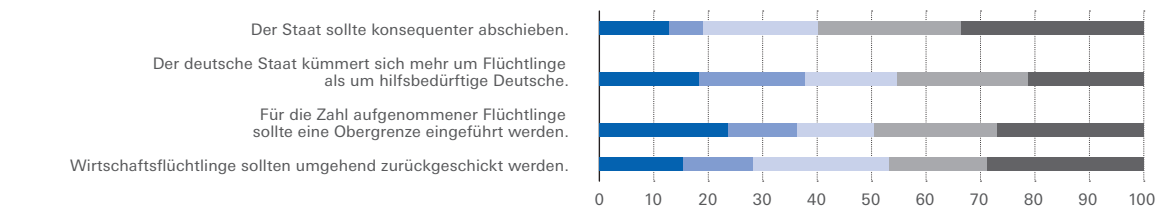
In diesem Vorwurf einer selektiven Handlungsfähigkeit laufen mehrere Argumentationsstränge zusammen: einerseits die spezifische Interpretation der Enteignung von Sozialeigentum im Neoliberalismus in der Vergangenheit, einer möglicherweise noch verstärkten Form von Konkurrenz um Absicherungen aus sozialstaatlichen Leistungssystemen in der Zukunft. Dies ist andererseits gepaart mit einer utilitaristischen Haltung, die Zuwanderung unter ökonomischen Nützlichkeitsvorbehalt stellt. In den Interviews gingen dabei die Argumente in Bezug auf Flucht und Arbeitsmigration ineinander über. Die Figur des „Wirtschaftsflüchtlings“ steht für diese Unschärfe, aber

ABBILDUNG 4

Einstellungen zu Asyl- und Migrationspolitik

Angaben in Prozent

■ Stimme überhaupt nicht zu ■ Stimme eher weniger zu ■ Teils/teils ■ Stimme eher zu ■ Stimme voll und ganz zu



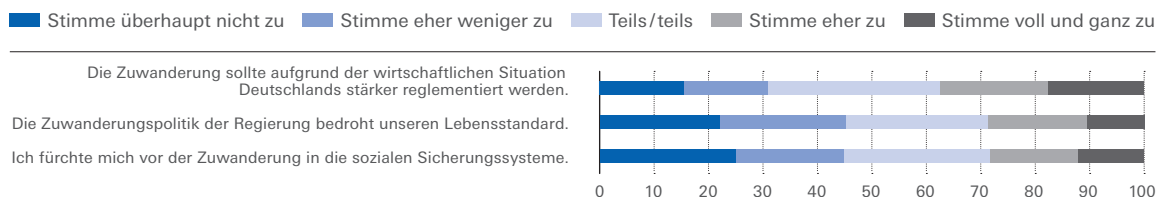
Quelle: Eigene Darstellung; N = 240–242

WSI Mitteilungen

ABBILDUNG 5

Einstellungen zur Zuwanderungspolitik

Angaben in Prozent



Quelle: Eigene Darstellung; N = 247–251

WSI Mitteilungen

auch für eine Ambivalenz von Hilfsbereitschaft und Ablehnung:

„Und da liegt bei der Merkel ein großer Fehler: ‚Ihr seid alle gekommen, wir schaffen das‘. Nicht *wir* schaffen das, sie hat *sich* gemeint, aber sie macht es nicht. Sie sitzt in ihrem trockenen Bunker da oben in Berlin, den ich mir angeguckt hab im Regierungsviertel. *Wir* haben zu leiden, wir müssen dafür finanziell, mit Arbeit [...], ich geb mein letztes Hemd für Leute, ich kann es verstehen, dass sie aus dem Krieg abhauen, ich kann es verstehen, wenn eine Mutter mit Kindern kommt – aber 19-, 20-, 22-Jährige, warum verteidigen die nicht ihr Land? Warum nehmen die nicht eine Waffe in die Hand? Das sind die ersten, die abhauen! Wer wird denn da niedergebommt? Frauen und Kinder zeigen sie im Fernsehen. Ist das nicht beschämenswert für diese Leute? Das zeigt mir die Einstellung dieser Leute, die wollen abhauen. Die hauen aus wirtschaftlichen Gründen ab. Das ist das Problem. Das ist der Hintergrund. Eine Mutter mit zwei, drei Kindern, ein Oma, ein Opa – kommt her. Denen geb ich meine Wohnung, ich hab drei Zimmer, ich mach ein Zimmer frei, ist alles kein Problem.“ (I11, Z. 499ff.)

Krieg und Wehrlosigkeit werden in dieser Passage als legitime Fluchtmotive aufgefasst und rufen spontane Hilfsbereitschaft und Solidarität hervor – eine Grundhaltung, die sich als ehrenamtliche Hilfe für Flüchtlinge mehrheitlich und in vielfältiger Ausprägung bei der Untersuchungsgruppe wiederfinden lässt. Gleichzeitig zeigt sich Skepsis und Ablehnung gegenüber jüngeren (männlichen) Kriegsflüchtlingen, denen man wirtschaftliche Motive und (implizit) einen „beschämenswerten“ Bruch des Solidaritätsgebots mit den Hilfsbedürftigen unterstellt.

6 Vertrauensverlust in die Politik: Das Repräsentationsdefizit

Die zitierten Passagen verdeutlichen gleichzeitig auch, dass man sich politisch illegitim bevormundet und im

Stich gelassen fühlt. Die politische Konstruktion eines neuen „Sachzwangs“ erinnert die Interviewpartner dabei an jene wohlbekannten „Sachzwänge“, die in die neoliberale Austeritätspolitik einmündeten:

„Politik und Wirtschaft. Die arbeiten im Einklang, weil das ist so verflochten, das geht nicht anders. Aber es geht eben halt für viele Politiker, auch auf Bundesebene, Länderebene, Kommunalpolitiker die wirtschaftliche Situation vor, gerade auch von Unternehmensinteressen, die gehen vor, als jetzt die des Volkes, das ist so.“ (I11, Z. 676ff.)

Der „neue Sachzwang“ der Flüchtlingspolitik seit 2015 wird als besonders perfide interpretiert, da er eine solidarische Hilfsbereitschaft einfordert, die man durchaus zu geben bereit ist, deren politische Rahmenbedingungen aber dem Diskurs entzogen werden – entweder weil die damit verbundenen Kosten, dem neoliberalen Dogma folgend, nicht dort aufgebracht werden, wo das größte Vermögen vermutet wird, oder weil der eigene Wunsch, der Gruppe der Migrant*innen differenziert Solidarität entgegenzubringen, Gefahr läuft, als rassistisch gebrandmarkt zu werden. So stimmen über 60 % der Befragten der Aussage zu: „In Deutschland darf man nichts Schlechtes über Ausländer/Geflüchtete sagen, ohne gleich als Rassist beschimpft zu werden.“⁶

Die Öffnung der Grenzen wird zugleich als „vollendete Tatsache“ und als politischer Kontrollverlust interpretiert. Sie reiht sich damit in die Erfahrung mit einem Politikmodell als alternativlos inszenierter Sachzwanglogik und fehlender Deliberation ein, die eine vorhandene Skepsis noch verstärkt. Bei den Befragten zeichnet sich ein frappierendes Ausmaß an Unzufriedenheit, Enttäuschung und Wut bezüglich der etablierten Politik ab. In nicht wenigen Fällen geht damit ein resignatives Abwenden und die desillusionierte Konstatierung eigener Ohnmacht einher.

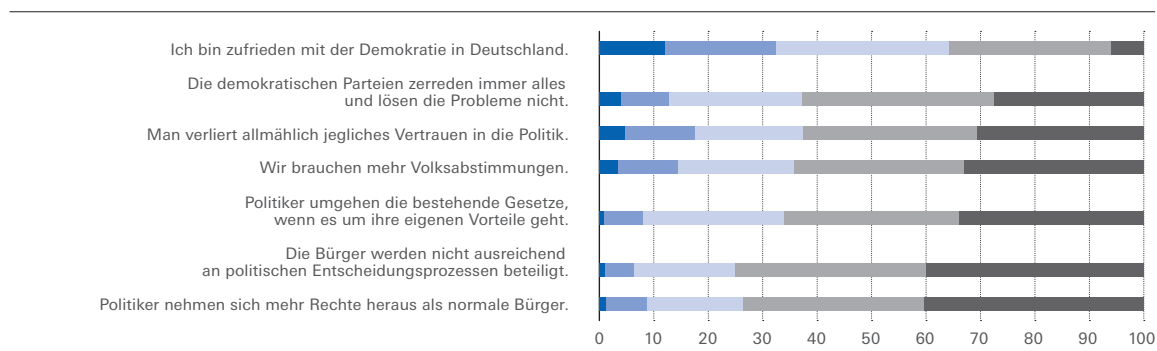
6 Das zugehörige Konstrukt zu dieser Aussage wurde aus Krause et al. (2016b, S. 120) übernommen.

ABBILDUNG 6

Einstellungen zur Politik und zum politischen System

Angaben in Prozent

■ Stimme überhaupt nicht zu ■ Stimme eher weniger zu ■ Teils/teils ■ Stimme eher zu ■ Stimme voll und ganz zu



Quelle: Eigene Darstellung; N = 247–249

WSI Mitteilungen

Das Misstrauen gegenüber der Politik, das wir hier nur in kleinen Ausschnitten darstellen können, ist deutlich (Abbildung 6): So gaben zwei Drittel an, „allmählich jegliches Vertrauen in die Politik“ zu verlieren, während nicht einmal ein Fünftel angibt, dieses Vertrauen noch zu haben. Etwas über die Hälfte aller Befragten fühlt sich vom politischen System allgemein nicht gut repräsentiert. Drei Viertel der Befragten sind zudem der Ansicht, dass die Bürger*innen nicht ausreichend an politischen Entscheidungsfindungen beteiligt werden. Auf die Frage nach der Einschätzung der subjektiven Einflussmöglichkeit auf die gesellschaftliche Entwicklung gibt über die Hälfte der Befragten an, dass diese gering ausfällt, und nur knapp über 10 % schätzen diese Möglichkeiten als groß ein. Mit 35 % ist die Zufriedenheitsrate mit der Demokratie in Deutschland sehr niedrig, zwei Drittel der Befragten stimmten der Aussage zu, dass die demokratischen Parteien „immer alles zerreden“, anstatt die Probleme zu lösen.

„Also ich betrachte unsere Politiker als Marionetten. Denen sind die Hände gebunden, glaube ich, bis zum Geht-nicht-mehr. Meine Meinung.“ (15, Z. 151f.)

Zusätzliche Befragungen zum Verhältnis von Vertrauen in und Macht von gesellschaftlichen Organisationen verdeutlichen zudem, dass gerade jene Akteure, denen man die größte gesellschaftliche Macht zuspricht (Großkonzerne, Banken, Medien, Politik), das geringste Vertrauen genießen.

Mit der Erosion des Vertrauens in Parteien und Politik stützen sich die Hoffnungen auf politische Handlungsfähigkeit zunehmend auf die Gewerkschaften und – mit Einschränkungen – soziale Bewegungen. Einerseits ist dies von gewerkschaftlich Engagierten auch zu vermuten. Andererseits muss das Commitment gegenüber der Organisation auch permanent reproduziert werden – so etwa

in alltäglichen betrieblichen oder regelmäßigen tariflichen Auseinandersetzungen. Festzuhalten ist, dass keine andere Organisation auch nur ein annähernd vergleichbares Niveau an Vertrauen erzielt wie die Gewerkschaften. Dies spiegelt sich auch in der Zufriedenheit mit der Gewerkschaft wider, die mehrheitlich von den Befragten geäußert wird.

„Deswegen, das einzige, was wir von unserem Sozialstaat haben, sind unsere Gewerkschaften. Wenn die nicht wären. Sozial ist der Staat nicht mehr.“ (12, Z. 121f.)

Gewerkschaften werden als letzte Bastion einer politischen Interessenvertretung der Lohnabhängigen wahrgenommen. Mit der Enttäuschung über die Politik und dem damit einhergehenden Vertrauensverlust angesichts der Enteignung von Sozialeigentum und der fehlenden Handlungsfähigkeit bzw. dem fehlenden Handlungswillen ruhen die Hoffnungen zunehmend auf ihnen. Die Befragten bringen zudem mit großer Mehrheit auch eine deutliche Konfliktorientierung und eine Befürwortung von Streikaktionen zum Ausdruck, die den Wunsch nach politischem Interessenhandeln verdeutlichen: Lediglich 13 % widersprechen der Aussage „Gewerkschaften sollten konfliktorientierter handeln“, nicht einmal 7 % lehnen die Aussage „Gewerkschaften sollten Streiks vermeiden“ ab. Es ist – zumindest für unsere Untersuchungsgruppe – demnach eine Fehlinterpretation, von Politikverdrossenheit zu sprechen. Verdrossen sind die Befragten stattdessen über einen Politikbetrieb, der ihre Interessen nicht (mehr) wahrnimmt. Dieses politische Repräsentationsdefizit können Gewerkschaften natürlich nur eingeschränkt kompensieren, wenn sie nicht ihre Organisationsrolle überdehnen wollen. Aber andererseits deuten alle unsere Daten darauf hin, dass die Befragten in ihrer Organisation den wichtigsten (oftmals den letzten) politischen Hoff-

nungsträger sehen – in der Arbeitswelt, aber auch explizit in der Gesellschaft. In der Praxis der Wahrnehmung eines allgemeinpolitischen Anspruchs oder Mandats sollten die Gewerkschaften daher die elementare Kritik der Befragten vor allem an den Parteien nicht aus den Augen verlieren, wenn sie das Vertrauen ihrer Mitglieder zukünftig sichern wollen.

7 Versuch einer Typologie: Die Verunsicherten, die Befriedeten und die Sozialkritischen

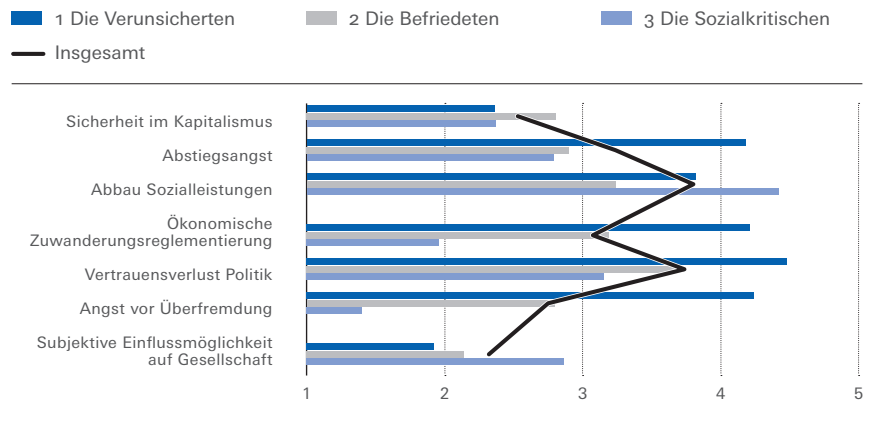
Um in der Heterogenität unseres Samples gewerkschaftlich Engagierter Strukturen im quantitativen Datenmaterial aufzudecken, bieten sich explorierende Verfahren wie die Clusteranalyse an (vgl. Bortz 1993, S. 522). Um die hinreichende Ausdifferenzierung der Cluster zu gewährleisten, wurde aus den verschiedenen Untersuchungsbereichen, die im Fragebogen abgefragt wurden, jeweils zentrale und aussagekräftige Variablen ausgewählt. Dabei wurden folgende Variablen herangezogen: „Sicherheit in der kapitalistischen Gesellschaftsformation“, „subjektive Abstiegsangst“, „Konstatierung eines Abbaus von Sozialleistungen“, „Befürwortung einer ökonomischen Zuwanderungsreglementierung“, „Vertrauensverlust in die Politik“, „Angst vor Überfremdung“ sowie die „Einschätzung der subjektiven Einflussmöglichkeit auf Gesellschaft“. Für die Analyse wurde eine Drei-Cluster-Lösung gewählt, nach Abzug von Ausreißern und Missings blieben 226 Fälle übrig, die klassifiziert werden konnten, wobei dem ersten Cluster 66 Befragte, dem zweiten Cluster 84 Befragte und dem dritten Cluster 76 Befragte zugeordnet wurden.⁷

Der Mittelwertvergleich der drei Cluster (Abbildung 7) gibt aufschlussreiche Hinweise zur Differenzierung. Im Anschluss werden die Cluster in Bezug auf die einzelnen Untersuchungsbereiche einer differenzierten Betrachtung unterzogen.⁸

Cluster 1: Die Verunsicherten: Bei Cluster 1 ist zunächst auffällig, dass es sich um jene Gruppe handelt, die die höchsten Zustimmungswerte zu fremdenfeindlichen Aussagen aufweist. Beide Aussagen in dieser Dimension weisen den höchsten Mittelwert auf, der weit über dem jeweiligen Mittelwert für alle Cluster liegt. Zugleich ist dieses Cluster dasjenige mit den größten Abstiegsorgen und dem deutlichsten Vertrauensverlust in die Politik. Außerdem fällt die Einschätzung der subjektiven Handlungsmöglichkeiten hier im Vergleich zu den anderen Clustern am pessimistischsten aus. Während demgegenüber die Sozialkritik im Bereich des Mittelwerts für alle Cluster liegt, ist ebenso ein Unbehagen an der kapitalistischen Gesellschaftsformation erkennbar. Da neben der Zustimmung zu rechten Aussagen vor allem die Abstiegsorgen und die

ABBILDUNG 7

Vergleich der Cluster-Mittelwerte



Quelle: Eigene Darstellung; N = 226

WSI Mitteilungen

Ohnmachtswahrnehmung bestimmend sind, beschreiben wir dieses Cluster als die „Verunsicherten“.

Cluster 2: Die Befriedeten: Cluster 2 stellt eine Zwischengruppe dar, die in vielen Bereichen im Mittelwertvergleich zwischen den Clustern 1 und 3 liegt. Demzufolge oszillieren die Mittelwerte dieser Gruppe um den „Normalbereich“. Bei genauerer Betrachtung fallen jedoch zwei Werte auf: der hohe Mittelwert für die Sicherheit im Kapitalismus und der niedrige Mittelwert für die Sozialkritik. Diese Gruppe fühlt sich in der aktuellen kapitalistischen Formation am sichersten und konstatiert zugleich am wenigsten einen Abbau von Sozialleistungen. Sie verspürt daher weniger politischen Handlungsdruck. Da das Pendel somit insgesamt wenig ausschlägt und keine Kritik in politische Ambitionen umgesetzt wird, kennzeichnen wir diese Gruppe als die „Befriedeten“.

Cluster 3: Die Sozialkritischen: Cluster 3 stellt in mehrfacher Hinsicht den gegensätzlichen Pol zu Cluster 1 dar. Hier liegen im Mittelwertvergleich die niedrigsten Zustimmungsraten zu rechten Einstellungen vor. Gleichzeitig fällt die Sozialkritik hier am schärfsten aus, obwohl in diesem Cluster die geringsten Abstiegsorgen herrschen,

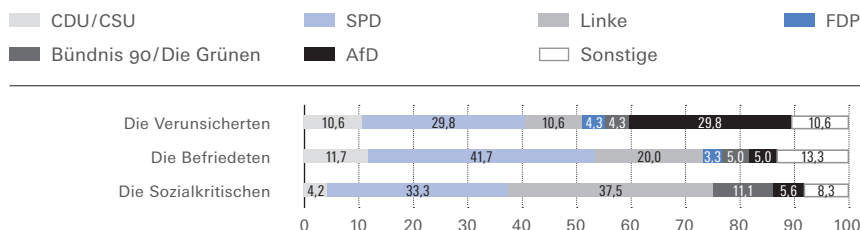
7 Zur Identifizierung von Ausreißern wurde als Clustermethode „Nächstgelegener Nachbar“ angewandt, im Anschluss daran wurde das um die Ausreißer bereinigte Sample mittels der Ward-Methode in die Cluster eingeteilt. In beiden Fällen wurde als Maß die quadrierte euklidische Distanz ausgewählt.

8 Um die Mittelwerteunterschiede auf Signifikanz zu testen, wurde ein Post-hoc-Test nach Scheffé durchgeführt. Die Differenz der Mittelwerte war in den meisten Fällen (außer in jenen, bei denen einzelne Mittelwerte gleichauf lagen) auf einem Niveau von 0,05 signifikant.

ABBILDUNG 8

Wahlpräferenzen der Cluster^A

Angaben in Prozent



A Nur gültige Werte (N = 197); Nichtwähler*innen = 33; fehlend = 43

Quelle: Eigene Darstellung

WSI Mitteilungen

und die subjektiven Einflussmöglichkeiten werden am optimistischsten eingeschätzt. Wie bei Cluster 1 ist hier ebenfalls ein deutliches Unbehagen im Kapitalismus zu erkennen. Außerdem charakterisiert dieses Cluster der geringste Vertrauensverlust in die Politik. Die Sozialkritik ist das markanteste Element dieser Gruppe, daher bezeichnen wir sie als die „Sozialkritischen“.

Das Bildungsniveau der Cluster zeigt ebenfalls – wenn auch nur geringe – Unterschiede. Auffällig ist hier, dass die Verunsicherten insbesondere mit Blick auf höhere Schulabschlüsse deutlich unterrepräsentiert sind, während in den anderen beiden Clustern das Bildungsniveau etwas höher ausfällt und hier ungefähr gleichauf liegt.

Auch die Sonntagsfrage fördert deutliche Unterschiede zwischen den Clustern zutage. Dabei zeichnet sich ein Bild ab, das in Hinsicht auf die oben genannten Variablen weitgehend den Erwartungen entspricht. So fällt die Tendenz zur AfD unter den Verunsicherten am stärksten aus. Hier äußern fast 30 % der Befragten Wahlabsichten für die AfD, die in diesem Cluster gleichauf mit der SPD die stärkste Kraft darstellt. Auf die Linke entfällt hier lediglich ein Anteil von knapp über 10 %. Unter den Befriedeten würden die mit Abstand meisten (fast 42 %) für die SPD stimmen, es folgt die Linkspartei mit 20 %, während die übrigen Stimmen sich ohne nennenswerten Ausreißer auf die anderen Parteien verteilen; nur die AfD schneidet im Vergleich zum Gesamtsample auffallend schlecht ab. Dasselbe lässt sich für die Sozialkritischen konstatieren. Auch hier fällt die Präferenz für die AfD auffallend niedrig aus, während die Linke mit 37,5 % vorn liegt, gefolgt von der SPD mit einem Anteil von einem Drittel.

Die SPD ist im Erhebungszeitraum somit in allen drei Clustern relativ gut vertreten, während die Neigung zur Linkspartei ein Gefälle von den Sozialkritischen zu den Verunsicherten aufweist. Die Sozialkritischen sind somit auch das Cluster mit der deutlichsten Linksorientierung. Rot-rot käme hier auf ein Wählerpotenzial von über 70 %. Ein interessanter Punkt, der etwas verborgen liegt, ist der Anteil der Nicht-Wähler*innen. In den Clustern der Ver-

unsicherten und Befriedeten liegt er bei ca. 20–25 %, bei den Sozialkritischen lediglich bei einem Prozent.

Auch in Bezug auf Einstellungen zur Politik und zum politischen System können recht eindeutige Unterschiede zwischen den Clustern ausgemacht werden. So gibt sich unter den Verunsicherten nur knapp ein Viertel der Befragten zufrieden mit der Demokratie in Deutschland, während fast 40 % sich unzufrieden äußern. Bei den Sozialkritischen sind über die Hälfte der Befragten zufrieden und nur knapp unter 30 % zeigen sich unzufrieden. Auch sind die Verunsicherten jenes Cluster, das zu über 90 % der Aussage zustimmt, dass demokratische Parteien immer alles zerreden, aber die Probleme nicht lösen würden. Der Vertrauensverlust hinsichtlich der Problemlösungsfähigkeit demokratischer Parteien ist demgegenüber unter den Sozialkritischen mit 40 % weitaus geringer ausgeprägt. Die Befriedeten liegen mit einer Zustimmungsrate von 65 % erneut zwischen diesen beiden Polen. Insgesamt verdeutlicht sich hier, dass das Vertrauen auf politische Lösungen und die Politikorientierung aufseiten der Sozialkritischen noch größer ist als insbesondere unter den Verunsicherten.

Am deutlichsten kristallisieren sich die Unterschiede der Cluster in Bezug auf rechte Einstellungsmuster aus. So finden alle Dimensionen rechter Einstellungsmuster im Cluster der Verunsicherten mehrheitlich Zustimmung. Die Zustimmungsraten liegen hier zumeist vergleichsweise hoch, mindestens jedoch immer bei 60 %. Reziprok dazu fallen die ablehnenden Voten bei den Sozialkritischen aus – sie liegen meist bei über 75 %. Die Befriedeten platzieren sich oszillierend dazwischen, das Pendel schlägt aber bei einigen Aussagen mit leichter Tendenz in Richtung rechter Einstellungen aus.

Auf der Ebene der Gesellschaftsbilder kann den Sozialkritischen auch das am stärksten solidarische Gesellschaftsbild attestiert werden. Der Aussage „In Zeiten der Krise kann es sich die Gesellschaft nicht leisten, auf alle Rücksicht zu nehmen“ verweigern in dieser Gruppe fast 70 % der Befragten ihre Zustimmung und lediglich 9 % stimmen zu. Unter den Befriedeten halten sich beide Pole die Waage, während unter den Verunsicherten 44 % zustimmen und 30 % ablehnen. Die krisenresistente Solidarität ist somit unter den Sozialkritischen am stärksten ausgeprägt.

8 Fazit

Die Untersuchungsgruppe der gewerkschaftlich Engagierten wirkt – so unsere Grundannahme – als Sprachrohr sowohl in Richtung der Organisation als auch der betrieblichen Mitglieder bzw. Beschäftigten. Sie ist in dieser Scharnierstellung aber nicht nur passives Medium,

sondern hat als Gruppe besondere Züge – so wählt sie etwa deutlich linker als die Gewerkschaftsmitglieder im Ganzen oder die Gesamtbevölkerung. Ihre deutliche Kritik an der Zunahme sozialer Ungleichheit basiert auf konkreten materiellen Sorgen ebenso wie auf der Wahrnehmung des Rückbaus sozialstaatlicher Absicherungen im Zuge neoliberaler Austeritätspolitik, die als angeblicher „Sachzwang“ einer politischen Auseinandersetzung entzogen wird – so die weitgehend geteilte Interpretation.

Die Untersuchungsgruppe als Ganze hat ein ambivalentes Verhältnis zu Flüchtlingen: Einerseits findet sich eine starke solidarische Grundhaltung, Hilfsbedürftige zu unterstützen – bis hin zu vielfältigem Engagement in Hilfsinitiativen. Andererseits werden deutliche Legitimitätszweifel über den Charakter von Flucht und Migration aus wirtschaftlichen Motiven geäußert, die mehrheitlich abgelehnt werden, wobei neben (a) sozialen Enteignungserfahrungen im Neoliberalismus und einer befürchteten Konkurrenzverschärfung auch (b) politische Entmündigungsprozesse über die Konstruktion von Sachzwängen sowie (c) fremdenfeindliche Motive einen Erklärungsgehalt aufweisen. Blickt man tiefer in das Material, so ist zu erkennen, dass die drei Untergruppen der Verunsicherten, der Befriedeten und der Sozialkritischen in deutlich unterschiedlicher Weise von diesen zentralen Erklärungslinien – Deklassierungsängste, Repräsentationsdefizite und Fremdenfeindlichkeit – gekennzeichnet sind.

Insbesondere das erste und das dritte Cluster positionieren sich in einem fast schon gegensätzlichen Verhältnis zueinander, hier zeichnen sich deutliche Differenzen ab. Zwar werden in beiden Gruppen soziale Konflikte benannt und thematisiert, allerdings fällt die Interpretation der Konflikte völlig unterschiedlich aus. Bei den Verunsicherten kann im Unterschied zu den Sozialkritischen ein deutlicher Zusammenhang zwischen Abstiegsangst und rechter Grundorientierung ausgemacht werden. Es handelt sich bei den Verunsicherten vornehmlich um eine abstiegsbedrohte Gruppe, die kaum mehr politische Handlungsfähigkeit sieht und soziale Konflikte nationalistisch und fremdenfeindlich umdeutet.

Die gesamte Untersuchungsgruppe kennzeichnet (noch) ein tiefes Vertrauen in die Gewerkschaften, der sie aufgrund alltäglicher Erfahrungen im Arbeitsleben im Unterschied zu anderen Organisationen bzw. Parteien Handlungsfähigkeit und die Wahrnehmung ihrer Interessen im Kampf gegen arbeitsweltliche Zumutungen und soziale Deklassierung zurechnen. Gewerkschaftliche Praxis hat in dieser Weise eine eminent demokratiestützende Funktion, auch wenn Gewerkschaften allein die messbare massive Skepsis gegenüber den Parteien und dem politischen Alltagsgeschäft sicher nicht aufheben können. In der Abwehr von Deklassierung(sängsten) und Kompensation von Repräsentationsdefiziten sollten die Gewerkschaften den Wunsch ihrer Mitglieder nach stärkerer Konfliktorientierung nicht unterschätzen – auch dies zeigen unsere Ergebnisse. Verfestigten rechten Grundhaltungen wird man damit allerdings nicht beikommen – hier ist die „klare Kante“ gegen Fremdenfeindlichkeit unerlässlich. ■

LITERATUR

- Bibouche, S. / Held, J. / Merkle, G.** (2009): Rechtspopulismus in der Arbeitswelt. Eine Analyse neuerer Studien, Düsseldorf
- Brinkmann, U. / Dörre, K. / Röbenack, S. / Kraemer, K. / Speidel, F.** (2006): Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse, Bonn
- Brinkmann, U. / Nachtwey, O. / Décieux, F.** (2013): Wer sind die 99%? Eine empirische Untersuchung der Occupy-Proteste, Frankfurt a. M.
- Bortz, J.** (1993): Statistik für Sozialwissenschaftler, Berlin/Heidelberg/New York
- Castel, R.** (2011): Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums, Hamburg
- Daphi, P. / Kocyba, P. / Neuber, M. / Roose, J. / Rucht, D. / Scholl, F. / Sommer, M. / Stuppert, W. / Zajak, S.** (2015): Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida, Berlin
- DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund)** (2017): So haben Gewerkschafter/innen gewählt, in: Einblick. Gewerkschaftlicher Info-Service 10/2017, Berlin
- Dörre, K. / Bose, S. / Lütten, J. / Köster, J.** (2018): Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte. In: Berliner Journal für Soziologie 28 (1–2), S. 55–89
- Flick, U.** (2011): Triangulation. Eine Einführung, Wiesbaden
- Krause, D. / Rees, J. / Zick, A.** (2016a): Geflüchtete in der Zerreißprobe – Meinungen über Geflüchtete in der Mehrheitsbevölkerung, in: Krause, D. / Küpper, B. / Zick, A. (Hrsg.): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2006, Bonn, S. 83–110
- Krause, D. / Küpper, B. / Zick, A.** (2016b): Rechtspopulistische und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, in: Dies. (Hrsg.): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2006, Bonn, S. 111–142
- Kuckartz, U.** (2014): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung, Weinheim/Basel
- Mayer, H. O.** (2013): Interview und schriftliche Befragung. Grundlagen und Methoden empirischer Sozialforschung, München
- Sauer, D. / Stöger, U. / Bischoff, J. / Detje, R. / Müller, B.** (2018): Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche, Hamburg
- Stöss, R. / Fichter, M. / Kreis, J. / Zeuner, B.** (2007): Gewerkschaften und Rechtsextremismus, Münster
- Urban, H. J.** (2018): Epochenthema Migration: Die Mosaiklinke in der Zerreißprobe?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/2018, S. 101–112

AUTOREN

ULRICH BRINKMANN, Dr., Professor für Arbeits- und Organisationssoziologie an der Technischen Universität Darmstadt. Forschungsschwerpunkte: Wirtschaftssoziologie, Industrielle Beziehungen, Soziale Bewegungen.

@ brinkmann@ifs.tu-darmstadt.de

MAREN HASSAN-BEIK, MA-Studentin der Soziologie an der TU Darmstadt. Forschungsschwerpunkte: Gewerkschaften und Rechtspopulismus, Wirtschaftssoziologie.

@ marenhassanbeik@gmail.com

LUKAS ZAPPINO, wiss. Mitarbeiter an der Professur für Arbeits- und Organisationssoziologie an der Technischen Universität Darmstadt. Forschungsschwerpunkte: Rassismustheorien, Wirtschaftssoziologie, Postdemokratie.

@ zappino@ifs.tu-darmstadt.de